Nr. 11 — 19. Jahrg. — Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16, Hoffmannstraße 48

Sächsische Volkszeitung

Donnerstag, 15. Jan. 1920 — Fernsprecher 21 560 — Postscheckkonto Leipzig Nr. 14797

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit illustr. Beilage 6.90 M, Ausgabe B 6.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 7.85 M, Ausgabe B 6.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 90 ₰, im Reklametell 2.50 M. Familien-Anzeigen 80 ₰. — Für unbedeutlich geschriebene, telefonisch durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen [illegible]

Eine Stimme aus Bayern

Ein hervorragendes Mitglied der Bayerischen Volkspartei schreibt uns:

Die parteipolitische Entwicklung in Bayern, welche zu dem nach jeder Richtung hin bedauerlichen Beschluß des Parteitages der Bayerischen Volkspartei geführt hat, haben wir in Bayern schon seit den Weimarer Tagen vorausgesehen. Der Beschluß ist, — man kann es ruhig sagen — nur mit einer Zufallsmehrheit, wie sie eben in großen Versammlungen mit Leichtigkeit zu erzielen ist, gefaßt worden. Seiner Tragweite war man sich bei allen Versammlungsteilnehmern sicher nicht bewußt geworden. Das geht aus vielfachen mündlichen und brieflichen Aeußerungen von Teilnehmern jener Kundgebung hervor, die nun aus den schadenfrohen Aeußerungen der gegnerischen Presse eigentlich erst sehen und erkennen, wie der Vorgang parteipolitisch zu zentrumsgegnerischen Gunsten ausgebeutet wird.

Der Beschluß, die Verbindung mit der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung zu lösen, und auch den Parteitag nicht zu beschicken, wird einstmals in der Parteigeschichte kein Ruhmesblatt bilden. Das wird nicht allein deshalb der Fall sein, weil der Beschluß gefaßt ist, ohne seine tiefgreifenden weiterreichenden Wirkungen vorher genau abzuschätzen, sondern auch deshalb, weil augenblicklich sowohl für die allgemeine Politik, wie auch für das Arbeiten und Wirken innerhalb der Zentrumspartei die Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte eingebieterische Notwendigkeit ist. Das Zentrum, das immer stolz war auf seine Einheit, die auch in den größten Stürmen sich bewährte, sieht nun in sich einen Riß klaffen, der freilich, auch nach dem Willen derjenigen, die diesen Riß bewußt herbeiführten, nicht zu einer Spaltung oder Trennung führen soll, aber immerhin ein ersprießliches Zusammenwirken erschwert. Aber wie die Dinge auch immer sich gestalten werden: es wird nimmermehr eine dauernde Absplitterung der Bayerischen Volkspartei von dem Gesamtzentrum, und zwar aus Gründen der ureigensten Interessen der Bayerischen Volkspartei selber erfolgen können. Die aus 18 Mitgliedern bestehende Gruppe der Bayerischen Volkspartei wäre in der Nationalversammlung zu völliger Ohnmacht verurteilt, wenn sie es darauf ankommen ließe, eigene Politik zu machen. Das will sie aber auch gar nicht. Sie will auch nur durchaus Zentrumspolitik treiben. Die Meinungen scheiden sich nur darüber, ob die alten Richtlinien dieser Zentrumspolitik auch in der neuen parteipolitischen Entwicklung inne gehalten oder preisgegeben worden sind. Die Mehrheit des Parteitages der Bayerischen Volkspartei, die den Beschluß der Lösung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum in der Nationalversammlung und der Nichtbeschickung des Zentrumparteitages in Berlin gefaßt hat, ist der Meinung, daß die gegenwärtige Zentrumspolitik nicht den zentrumspolitischen Ueberlieferungen entspricht. Gerade aber in Bayern — und wir als Bayern sagen das mit besonderem Nachdruck — sollte man sich daran erinnern, daß inzwischen und gerade in Bayern, und in Bayern noch vor allen anderen deutschen Landesteilen ein politischer Umsturz einsetzte, gegen den alle anderen als die radikalen und überradikalen Parteigruppen machtlos waren. Man sollte doch auch in Bayern nicht die Bolschewistenzeit vergessen und man sollte sich daran erinnern, daß nicht zuletzt die geschlossene und tatkräftige Haltung eines einheitlich vorgehenden Zentrums im Parlament und in der Regierung Bayern die Rückführung seines politischen Wirkens in die normalen gesetzmäßigen Bahnen ermöglichte.

Man wirft dem Zentrum seine Haltung in der Frage des deutschen Einheitsstaates vor. Man muß es beklagen, daß man in Bayern immer noch mit partikularistischen Schlagworten arbeitet und auch immer noch Erfolg hat. Auch diejenigen Bayern, die der Auffassung sind, daß der Einheitsstaat kommen müsse und kommen werde, dürfen für sich in Anspruch nehmen, mit allen Fasern ihres Herzens am bayerischen Vaterlande zu hängen. Aber gerade weil wir wünschen, daß unsere Eigenarten nicht durch Inzucht verdorben, sondern daß sie auf breitester Basis sich frei entfalten und entwickeln können, gerade darum glauben wir — und der Verfasser dieses spricht im Namen einer sehr beachtlichen Gruppe bayerischer Zentrumsanhänger — im Rahmen eines in sich geschlossenen Reiches weit ersprießlicher wirken zu können, um unsere, mit aller Zähigkeit festgehaltenen Eigenarten zu verteidigen. Wir halten dafür, daß gerade das bayerische Vorgehen geeignet ist, die unzweifelhaft auch jetzt noch in Preußen sehr stark vorhandenen und mit immer größerem Nachdruck sich geltend zu machen versuchenden Tendenzen niedergehalten werden können, die eine Stärkung des preußischen Einflusses auf Kosten der kulturellen Eigenarten in den einzelnen Ländern bezwecken. Je stärker wir unseren spezifisch bayerischen Einfluß an den zentralen Regierungs- und behördlichen Stellen in Berlin geltend machen können, um so mehr werden wir unsere Interessen wahren können. In gleichem Maße ist das für die anderen Länder, für das Rheinland, für die Schlesier, für die Sachsen, für die Hannoveraner und nicht minder für die süddeutschen Länder der Fall. Die Badener und die Württemberger sind gewiß durchaus nicht weniger eifrig in der Vertretung und Wahrung ihrer badischen bezw. württembergischen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Ueberlieferungen. Wohin sollte man denn kommen, wenn nun auch in diesen Ländern, entsprechend dem bayerischen Vorgehen, Sondergruppen auf parteipolitischem Gebiete sich bilden wollten. Das wäre das Ende! Das Ende einer großen ruhmreichen Partei, die gerade jetzt an vorderste Stelle gestellt ist und zum Wohle des gesamten Volkes, insbesondere zur Verteidigung seiner christlichen Anschauungen und Forderungen berufen ist.

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen! Man wird auch außerhalb Bayern gut tun, die Dinge ohne übertriebene Nervosität zu betrachten. Die Entscheidung wird erst in der Gesamtfraktion der Nationalversammlung getroffen werden. Das eine ist jedenfalls schon sicher: Die Hoffnungen, die unsere Gegner an die bayerischen Vorgänge knüpfen und die uns so recht zeigen sollen, wie die Dinge eigentlich stehen, diese Hoffnungen und Erwartungen werden sich nicht erfüllen.

Rücktritt des Reichsschatzministers Mayer

Berlin, 15. Januar. Nach der „Voss. Ztg." hat der Reichsschatzminister Mayer-Speyer sein Rücktrittsgesuch eingereicht, nachdem der Austritt der Bayerischen Volkspartei aus der Zentrumsfraktion Tatsache geworden ist.

Das Rücktrittsgesuch ist weiteren Meldungen zufolge bereits vom Kabinett genehmigt worden.

Im Zeichen des Burgfriedens!

Es gab einmal einen Burgfrieden. Das war in der Zeit, nachdem der Kaiser das Wort gesprochen hatte, er kenne keine Parteien mehr, er kenne nur noch Deutsche. Wie sehr man diesen Burgfrieden auf antikatholischer Seite mißbraucht hat, ist heute bekannt. Einen hübschen Beitrag dazu liefert ein Schreiben des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen vom 21. Dezember 1914, das jetzt in einer Zentrumsversammlung in Liegnitz am 9. Januar bekannt gegeben wurde. Man hatte seinerzeit den Prinzen zum Landrat des 95 Prozent katholischen Kreises Frankenstein in Schlesien gemacht. Und dieses Amt hat er bis zum Herbst 1918 innegehabt. In dem von ihm in seiner Eigenschaft als preußischer Landrat geschriebenen Briefe vom 21. Dezember 1914 — also im Zeichen des Burgfriedens — nennt der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen die katholische Kirche eine „demoralisierende Institution", die in Aussicht genommene Errichtung eines Exerzitienhauses eine „mittelalterliche, echt jesuitische Einrichtung" und schließlich gibt er seiner Freude darüber Ausdruck, daß ein Ministerialerlaß der Vermehrung der Ordensleute in der Frankensteiner Gegend in den Weg trat.

Dieser Prinz sollte später Oberpräsident von Schlesien werden. Der Umbau des Breslauer Oberpräsidiums war darauf schon eingestellt. Er und das preußische Ministerium in Berlin haben also auch während des Krieges eifrig dafür gesorgt, daß ja kein Ordensmann mehr nach Schlesien kam. Sie haben sich damit als außerordentlich weitsichtige Staatsmänner ausgewiesen. Daneben ist es dem Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen auf eine Beschimpfung der katholischen Kirche mehr oder weniger nicht angekommen. Der Herr hat sich überhaupt außerordentlich vaterländisch betätigt. Wenige Wochen nach Ausbruch des Krieges hat er veranlaßt, daß dem katholischen Pfarrer von Frankenstein der Prozeß gemacht wurde, weil dieser vergessen hatte, eine Besprechung von Vertrauensleuten katholischer Vereine rechtzeitig anzumelden. Der Pfarrer, eine in ganz Schlesien hochangesehene Persönlichkeit, wurde denn tatsächlich auch zu einem Tage Gefängnis verurteilt, das heißt er mußte nach dem Kriegsgesetze dazu verurteilt werden, nachdem eben der Prinz die Anklage erhoben hatte. Das Gericht selbst sah die Schikane ein und beantragte Nachlassung der Strafe auf dem Gnadenwege, was auch geschah. Später machte dann der Prinz sogar Schwierigkeiten in der von der Reichsgetreidestelle zugesagten Beschaffung des Mehles für die Hostien der katholischen Gemeinden seines Kreises. Also alles in allem: ein höchst angenehmer Zeitgenosse, der natürlich nur das Wohl des Vaterlandes im Auge hatte! hsl.

Eine kommunistische Rednerschule in Gotha

Von besonderer Seite wird der „Voss. Zeitung" aus Gotha geschrieben:

„Die Gothaer Unabhängigen, die in der Landesversammlung die Mehrheit haben, gehören zum Teil einer Richtung an, die sich nur dem Namen nach von den extremsten Kommunisten unterscheidet. Sie beabsichtigen jetzt unter dem Namen einer „Arbeiter-Hochschule" auf Staatskosten eine Rednerschule für den extremen Kommunismus unter der Leitung von Dr. Hermann Duncker einzurichten. Zunächst wurde eine einmalige Bewilligung von 25 000 M. beantragt. Aber damit war es nicht genug. Aus den Mitteln, die durch die Auseinandersetzung mit dem Herzoghaus gewonnen wurden, soll eine Landesstiftung errichtet werden, die über jährlich 600 000 M. verfügt. Von diesem Geld sollen nach dem Plan der Unabhängigen 250 000 M. für das Landestheater, 200 000 M. zur Förderung von Schulzwecken, ganze 20 000 M. für die Volks-Hochschule und 130 000 Mark für die „Arbeiter-Hochschule" genannte unabhängig-kommunistische Parteischule verwendet werden. Die Absicht der Förderung reiner Parteizwecke zeigt schon die Gegenüberstellung der 20 000 M. für die kulturellen Zwecke der Volks-Hochschule, die ja in erster Linie für die Arbeiterkreise bestimmt ist, und der 130 000 M. für die Gründung des Herrn Dr. Duncker. Zur Kennzeichnung der Gothaer „Unabhängigen" sei erwähnt, daß ihr dortiges Parteiblatt kürzlich erst nach der Niederlage bei der Oberbürgermeisterwahl erklärte, der politische Kampf müsse mit anderen Mitteln, als mit dem Stimmzettel ausgefochten werden, so daß selbst die „Leipziger Volkszeitung" erklärte, es müsse einmal untersucht werden, was für Elemente sich in Gotha als Vertreter der unabhängigen Partei aufspielten."

Kanzlerrede in der Nationalversammlung

Berlin, 14. Januar

Zu Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ergriff der Reichskanzler Bauer das Wort zu einer Erklärung über die gestrigen Vorgänge. Der Kanzler bezeichnete die gestrigen Vorgänge als ein Ereignis, welches bisher in der Geschichte der deutschen Volksvertretung noch nicht zu verzeichnen war. Der traurige Ruhm, diese Vorgänge veranlaßt zu haben, so sagte er, fällt der unabhängigen Sozialdemokratie zur Last. (Großer Lärm bei den Unabhängigen, der Präsident versucht unter fortwährendem Gebrauch der Glocke die Ruhe wiederherzustellen.) Es ist, so wiederholt der Kanzler, der traurige Ruhm der Unabhängigen und Kommunisten, die einzig Schuldigen an diesem Akt gewesen zu sein. Die Unabhängigen haben den Antiparlamentarismus theoretisch abgelehnt, haben ihn jedoch praktisch betätigt. (Zwischenruf von Frau Kietz: Unerhört! Fortwährende Zwischenrufe der Unabhängigen.) Die Unabhängigen haben das getan, weil das Parlament einen Beschluß fassen wollte, der ihnen nicht paßte. Zum zweiten Male ist ein deutsches Parlament unter die Diktatur der Straße geraten. Erst in München, jetzt in Berlin. Diese Schande verdankt die deutsche Republik nur den Unabhängigen. (Abermals großer anhaltender Lärm.) Allein auf die Unabhängigen fällt das Blut der armen verführten und verhetzten Opfer. Die Unabhängigen werden die Flecken nicht abwaschen können, die auf ihnen haften. Das Kainsmal steht ihnen unauslöschlich auf der Stirn. Um des Ehrgeizes einiger Führer willen haben sie Unschuldige in den Tode gehetzt. Ich werde das so beweisen, daß kein Geschrei und keine Demagogie diese Schuld abwischt.

Der Kanzler verliest nun einige Aeußerungen und Aufrufe der unabhängigen und kommunistischen Presse, welche gegen das Betriebsrätegesetz zur Auflehnung hetzen, und fährt dann fort: Die Schreier wußten, daß, wenn solche Massen in Bewegung gesetzt werden, Zusammenstöße fast unvermeidlich sind. Die Sicherheitsmänner haben sich in ganz unglaublicher Weise zurückgehalten. Bis zur letzten Minute haben die Beamten dem Befehl gefolgt, nur im äußersten Notfall von der Waffe Gebrauch zu machen. Davon haben sich viele Mitglieder des Hauses und viele Journalisten persönlich überzeugt, so daß kein Widerspruch etwas nützen wird. Ich spreche im Namen aller, denen der Bürgerkrieg ein Schrecken ist, der Sicherheitswehr den Dank und die Anerkennung der Regierung aus. (Lautes Bravo!) Die Regierung und ihre Organe sind unschuldig an dem vergossenen Blut, dieses fällt allein auf die Unabhängigen. Zeugen haben gesehen, daß Mitglieder der Unabhängigen in dem Zeitpunkte, als das Haus den Vertagungsantrag abgelehnt hatte, durch Tücherschwenken und Reden die Massen zum Sturm auf das Reichstagsgebäude zu locken suchten. (Andauernder lärmender Widerspruch der Unabhängigen.)

Wenn der Sturm auf das Haus geglückt wäre, so hätten wir hier eine Bartholomäusnacht erlebt. (Abermals lärmender Widerspruch und Lachen bei den Unabhängigen.) Die Sicherheitswehr hat einen Toten und einen Vermißten zu beklagen. Wir gedenken des Toten mit Dankbarkeit, wie er im Dienste der Demokratie gefallen ist. Auf der Gegenseite sind 20 Tote und 50 bis 60 Verwundete zu zählen. Auch ihrer gedenken wir in Ergriffenheit und mit Bedauern darüber, daß nicht die Verführer, sondern die Verführten die Opfer waren. Wir hoffen, daß sie nicht umsonst gefallen sind, denn ihr Tod wird vielen die Augen öffnen, daß sie den Abgrund erkennen, dem sie entgegengeführt werden. Die Gemeingefährlichkeit derjenigen Parteien, welche die Diktatur einer Minderheit auf ihre Fahne geschrieben haben, wird der Masse des Volkes allmählich immer mehr zum Bewußtsein kommen. Wir stehen jetzt vor einem Ansturm gegen unser ganzes wirtschaftliches und nationales Leben.

Dieser Tage haben überall geheime Konferenzen der Unabhängigen und Kommunisten stattgefunden, um die Lahmlegung des Verkehrs durchzuführen. Der Kanzler geht im einzelnen auf die Folgen ein, die eine derartige Sabotage nach sich ziehen würde, und weist insbesondere auf das Anwachsen der Arbeitslosenziffer und auf die Ernährungsschwierigkeiten sowie auf die Verzögerung der Gefangenenrücktransporte hin, die die Folge davon sein müßten. Er fährt fort: Die Regierung ist sich der Verantwortung bewußt, die sie der Gesamtheit des Volkes gegenüber trägt. (Bravo!) Sie kann nicht auf eine Minderheit Rücksicht nehmen, welche tollwütig gegen das Leben der Nation anstürmt. Wir werden der Unterstützung des Parlaments und des ganzen Volkes sicher sein, wenn wir mit scharfen Maßnahmen vorgehen und diejenigen Blätter unterdrücken und diejenigen Hetzer hinter Schloß und Riegel bringen, die unser Volk in den Abgrund führen wollen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit und Rechten. Zischen bei den Unabhängigen.)

■ ■ ■

Präsident Fehrenbach: Wir waren in die Tagesordnung eingetreten und waren bei Beratung des Betriebsrätegesetzes. Hierbei hat der Reichskanzler das Wort zum Betriebsrätegesetz ergriffen. Danach hatte der Berichterstatter das Wort. Nach der Ordnung des Hauses hätte die stärkste Fraktion das Recht, den ersten Redner zu stellen. Es wäre vielleicht angebracht, hier von der Gewohnheit des Hauses abzuweichen und jetzt zunächst einem Vertreter der Unabhängigen das Wort zu geben. (Lebhafter Widerspruch rechts und in der Mitte.) Das Mittel, das ich Ihnen vorschlage, scheint mir zweckmäßiger zu sein, als diese Aufregung. Ich schlage Ihnen vor, einem Redner der Unabhängigen zur Erwiderung auf die Rede des Reichskanzlers das Wort zu erteilen.

Abg. Henke (Unabh. Soz., zur Geschäftsordnung): Unser Redner, der zum Betriebsrätegesetz sprechen wird, wird gleichzeitig auf die Rede des Reichskanzlers erwidern.

Präsident Fehrenbach: So habe ich es auch aufgefaßt. Muß ich abstimmen lassen? (Zuruf: Jawohl!)

Bei der Abstimmung tritt die Mehrheit für den Vorschlag des Präsidenten ein, die Rechte und ein großer Teil der Demokraten stimmten dagegen.

Abg. Henke (Unabh. Soz.) erhält das Wort und verlangt namens seiner Partei das Recht zu solchen Demonstrationen wie der gestrigen. Es ist, sagt er, auf das engste verbunden mit allen demokratischen Rechten. (Sehr richtig! bei den Unabh.) Die Herren von der Deutschen Volkspartei sollten recht ruhig sein; sie haben doch Beifall gebrüllt bei den Hindenburg-Demonstrationen. (Sehr wahr! bei den Unabh.) Aber wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.)

Wenn der Reichskanzler meiner Partei die Schuld an den Vorgängen beimißt, so ist das eine ganz blöde Auffassung. Diejenigen, die Maschinengewehre in Bereitschaft gesetzt haben, tragen die Schuld. (Widerspruch.) 1910, bei den großen Demonstrationen aus Anlaß der